

Lichtenstein-Callberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callenberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Nüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Ruhlschnappel und Tirschein.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertags, nachmittags.
Bezugspreis: 4,75 Pf. monatlich frei ins Dase, durch die Post bei Abholung 14,25 Pf. versandfertig. Bezahlungen nehmen die Geschäftsstelle, Komische Volksbanken, Briefträger und andere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die lehrgesetzte Grundseite wird mit 75 Pf., für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigekantete Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Pf. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Herausgeber Kt. 7. Druckantritt: "Tageblatt". Postleitzettel Leipzig 36 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callenberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callenberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 252

Donnerstag, den 28. Oktober 1920

70. Jahrgang

Freitag, den 29. Oktober 1920.

Ausgabe der neuen Zuscharkarten Reihe 19.

Gegen Vorlegung der Brotbezugskarte. Nr. 1-500 norm. 8-9 Uhr, Nr. 501-1000 norm. 9-10 Uhr, Nr. 1001-1500 norm. 10-11 Uhr, 1501-2000 norm. 11-12 Uhr, Nr. 2001-2250 mittags 12-12½ Uhr im Lebensmittelamt. 2251-Ende nachm. 1/3-1/5 Uhr im Gemeindesaal. Kinder im 1. und 2. Lebensjahr erhalten außerdem noch eine R-Karte.

Stadt Lebensmittelamt.

Das Roben der Städte im früheren Callberger Quellgebiet in der Nähe der Nicolaer Straße soll in den nächsten Tagen freigegeben werden. Reflektanten wollen sich am Montag, den 1. November früh 9 Uhr im Quellgebiet einfinden, wo die unentgeltliche Verteilung erfolgt.

Lichtenstein-Callenberg, den 28. Oktober 1920.

Der Stadtrat.

Im Grundstück Kirchplatz Nr. 10 ist unter dem Bogen bestehende die Maul- und Klauenfeste festgestellt worden. Der Speerbezirk erstreckt sich auf dieses Grundstück, das Beobachtungsgebiet auf die Grundstücke am Kirchplatz. Die hierüber bestehenden Vorrichtungen liegen in der Ratskonzession zur Einsicht aus und sind auf das Gewissenhafteste zu befolgen.

Stadtrat Lichtenstein-Callenberg

am 26. Oktober 1920.

Berboten

Ist das Halten oder Stehenlassen von Kraftwagen auf dem zwischen der Apotheke und dem Rödlitzbach gelegenen Teile der Hauptstraße. Halteplätze sind der untere Teil des Marktes zwischen der Transformatorenstation und dem Platzkern und der Platz an der Hartensteinstraße vor dem Bankhaus Baier & Heinze.

Zur Verhandlung werden mit Geldstrafe bis zu 60.- Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen belegt.

Stadtrat Lichtenstein-Callenberg, den 27. Okt. 1920.

Bereitung von Backware.

Auf Grund von § 8 der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 14. Oktober 1920 (R. G. Bl. S. 1777) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Bei der Bereitung von Brot und Kleingebäck außer Krankengebäck müssen 85 Gewichtsstücke Weizen-, Roggen- oder Gerstenmehl und 15 Gewichtsstücke Streckungsmittel verwendet werden.

Den Kommunalverbänden bleibt nachgelassen das Kleingebäck von der Streckung freizulassen; es darf aber sodann im Kleingebäck nicht mehr Brotgetreidemehl enthalten sein als in der entsprechenden Menge Brot.

§ 2.

Als Streckungsmittel dürfen nur Maismehl, präpariertes, sparsames Hafermehl und Weizenmehl verwendet werden.

Die genannten Streckmittel werden den Bäckern von den Kommunalverbänden zugewiesen. Es ist den Bäckern streng verboten, andere als die zugewiesenen Streckungsmittel zu verwenden.

§ 3.

Auf die §§ 3 und 5 der Reichsverordnung vom 14. Oktober 1920 sowie auf die Strafvorschriften in § 6 derselben Verordnung wird hiermit besonders hingewiesen.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. November 1920 in Kraft.

Dresden, den 26. Oktober 1920.

Wirtschaftsministerium.

Landeslebensmittelamt.

Kurze wichtige Nachrichten.

Wie die T. U. erfaßt, ist die Reichsarbeitsgemeinschaft der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke beim Reichsminister für die Kohlenverteilung vorstellig geworden, um zu erreichen, daß in Zukunft die Kohlenlieferungen an die Kraftwerke auf einem fällig regelmäßigen erfolge, und nicht immer erst dann, wenn

Die englischen Blätter stellen fest, daß es die Absicht Lloyd Georges ist, nicht nach Gent zu gehen, wo für ihn keine Bedeutung vorliege. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß Lloyd George an der Tagung der Volksbundversammlung teilnehmen werde.

Wie der "Berliner Morgenpost" aus Budapest berichtet wird, sind bei Lupani in Siebenbürgen zwei Jüge zusammengekommen. Bisher konnten fünfzig Tote und zweihundert Verwundete geborgen werden. Die Ursache der Katastrophen ist darauf zurückzuführen, daß anstatt regulärer ungarischer Eisenbahner, ungeschulte Arbeiter den Weichenwärterdienst verliefen.

Die Petersburger "Pravda" begrüßt in einem spaltenlangen "Der Sieg von Moskau" übertriebenen Artikel des Ergebnisses des Sowjetischen Parteitages, prophezeit Deutschland einen "roten revolutionären Winter" und den Sieg der deutschen proletarischen Revolution.

Der "Matin" berichtet aus London: Im Gefängnis von Cork befinden sich noch neun Sinnfeiner, die seit 75 Tagen hungernd. Außer dem Bürgermeister von Cork ist gestern der bürgerstreitende Wurthn gestorben.

Auf dem Lyoner Bahnhof in Paris wurden vier Roffen beschlagnahmt, in denen man 222 Millionen Krone, Renten- und Romanow-Rubel fand. Die Adressaten der Gewässüde verhaftet worden.

Aus Moskau wird gemeldet: Der Sowjet hat den Befreiungsvertrag mit Polen in dem vorgelegten Wortlaut verworfen. Die Sitzung des Sowjets dauerte von Montag bis Dienstag früh.

Der Emir von Buchara ist mit etwa 500 Anhängern vor den Soldaten nach Afghanistan geflüchtet. In seinem Palast brach unglücklich des Eindringens der Soldaten, die sich dort Lagernden Munition bemächtigten, eine Explosion aus, durch die eine große Anzahl Soldaten getötet wurde.

153. Sitzung der sächs. Volkskammer.

(S.) Dresden, 27. Oktober.

In der Mittwochs-Sitzung der Volkskammer wurde zunächst über die sozialdemokratische Anfrage beraten, ob die Regierung besondere Freistellungsbestimmungen für die Gemeindewahlen treffen wolle. Von Regierungsseite wurde erwidert, daß die Regierung in die Selbstverwaltung der Gemeinden nicht eingreifen wolle, daß man aber bei der Beratung der Gemeindereform hierüber Erörterungen ausstellen werde. Die Vermehrung der Landgendarmerie wurde von der Kammer genehmigt, ebenso die Erhöhung der Gebühren für Tierärzte und die Novordnung über die Erhebung der Schreibgebühren bei den staatlichen Behörden. Sodann standen noch die deutschnationalen und demokratischen Anträge über die Entschädigung der durch die Hölzbanden geschädigten Bewohner von Hallenstein usw. auf des Tagesordnung, wobei die vereinigten Sozialdemokraten, wie schon bei der Beratung, jede Entschädigung ablehnten. Die Hölzbanden haben übrigens die Reichsregierung verklagt und die Entscheidung des Gerichts muß abgewartet werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 28. Oktober, vormittags 10 Uhr.

Deutsches Reich

Wie wenig Sachsen von der Reichseinheitssteuer erhält.

(S.) Dresden. Das sächsische Finanzministerium gibt eine Verordnung über die Gewährung von Vorschüssen an die Gemeinden auf ihren Anteil an der Reichseinheitssteuer und über die vorläufige Verteilung der Reichseinheitssteuer zwischen dem Staat und den Gemeinden bekannt. In der Verordnung heißt es u. a.: "Die dem Staat zur Verteilung zwischen Staat und Gemeinden überwiegenden Einnahmen an Reichseinheitssteuer sind bisher so gering, daß den Gemeinden zunächst nur ganz unzureichende Beträge auf ihre Anteile an der Reichseinheitssteuer überwiesen werden können. Mit Rücksicht hierauf und auf die schwere finanzielle Notlage zahlreicher Gemeinden hat das Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern beschlossen, bedürftigen Gemeinden aus Staatsmitteln Darlehen als Vorschüsse auf ihre Anteile an der Reichseinheitssteuer zu gewähren.

Eine Volkskammeranfrage.

Der sozialdemokratische Volkskammerabgeordnete Jellisch hat im Laufe des Mittwochmittags in der Volkskammer eine Anfrage an die Regierung angefündigt, wie sie sich zu den in den Enthüllungen der Chemnitzer "Volksstimme" angeführten konterrevolutionären Bestrebungen stelle. Der deutschnationalen Abgeordneten Beutler hat dabei versucht, eine sofortige Behandlung dieses Antrages noch in der Mittwochssitzung der Volkskammer zu erzielen, um gleich über die von der "Volksstimme" behaupteten Dinge Klarheit und Wahrheit herzustellen. Das ist ihm nicht gelungen. Auch

ist die Anfrage des Abgeordneten Jellisch nicht auf die Tagesordnung der Donnerstagssitzung der Volkskammer gelegt worden. Infolgedessen ist eine Behandlung dieser Angelegenheit in der Volkskammer nicht mehr möglich. Die sächsische Regierung hat veranlaßt, daß die Chemnitzer Angelegenheit untersucht wird von einem Ministerialbeamten und einem Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Wie die "Dresden Volkszeit" schreibt, hat der Minister des Innern die sofortige Entlassung der beiden Offiziere der Sicherheitspolizei, Hauptmann Conradi und Leutnant Scholle, verfügt. Das Ergebnis der Untersuchung wird durch die Presse bekannt gegeben werden.

Ein Verzicht Englands.

Berlin. Die großbritannische Regierung hat durch ihren Botschafter in Berlin dem Auswärtigen Amt am 16. Oktober eine Note zugehen lassen, nach welcher sie für den Fall einer vorläufigen Nichtfüllung der deutschen Verpflichtungen unter Teil 8 des Friedensvertrages nicht abstimmt, von dem ihr nach Paragraph 18 der Anlage 2 zu diesem Teil des Vertrages zustehenden Recht zur Beschaffung des Eigentums deutscher Staatsangehöriger in Großbritannien Gebrauch zu machen. Weiter wird mitgeteilt, daß dieser Verzicht sich auf in Großbritannien oder in britischer Gewalt befindliches deutsches Eigentum bezieht, ob dieses nun in Besitz gehabt oder in auf britischen Schiffen befindlichen Waren oder in nach Großbritannien zum Verkauf gehandelter Waren besteht.

Weitere Forderungen der Entente.

Nach einem Pariser Bericht der "Newspaper Tribune" werden die Verbündeten auf der nächsten Konferenz des Obersten Rates wahrscheinlich von Deutschland Sicherheiten aus Zoll-, Steuer- und Eisenbahneinkünften verlangen und gegebenenfalls die Beziehung weiteren deutschen Gebietes ins Auge fassen. Unter diesen Umständen werde Frankreich bestrebt sein, der Aufnahme Deutschlands in den Böllerband zu zustimmen.

Zur Frage der Sozialisierung.

Der gemeinsame Ausschuß des Reichswirtschafts- und Reichssozialrates beschloß die Einsetzung eines Unterausschusses von 7 Mitgliedern zur Herbeiführung einer Beratung in der Frage der Sozialisierung der Bergwerke. Von Seiten der Arbeitgeber wurden die Herren Stünnes, Sieverberg und Generaldirektor Wagner, von Seiten der Arbeitnehmer die Herren Wagner, Werner und Imbisch und der Vertreter der Abteilung 3, Dr. Berthold, bestimmt.

Die Sonderstellung Ostpreußens.

Auf Anregung des Reichspräsidenten fand gestern im Reichskanzlerhaus unter dem Vorjag des Reichskanzlers eine Besprechung über die wirtschaftlichen Fragen Ostpreußens statt. Der Reichskanzler erklärte im Namen der Reichsregierung und im Einverständnis mit der preußischen Staatsregierung, daß die durch die geographische Trennung vom Reich geschaffene besondere Lage Ostpreußens vielfach eine besondere Behandlung und Unterstützung in wirtschaftlichen Fragen erfordere. Im Anschluß an diese grundjährige Frage wurde seitens der ostpreußischen Vertreter eine Reihe von Einzelwünschen zur Sprache gebracht. Soweit die Regierungsvorsteher in dieser informatorischen Besprechung bereits Stellung nehmen konnten, wurde die Erfüllung dieser Wünsche zugesagt, so insbesondere in der Frage einer größeren Selbständigkeit des ostpreußischen Kommissars für Ein- und Ausfuhr.

Neue Milliardenausgaben.

Das Reichsfinanzministerium hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet und dem Reichstag übermittelt, in dem zur Befriedigung einmaliger außerordentlicher Ausgaben und Fortschreibung bereits genehmigter Maßnahmen 12 Milliarden gefordert werden, die im Wege des Kredits flüssig gemacht werden sollen. Außerdem werden noch 6 Milliarden Mark zur Ausführung des Friedensvertrages und 4,7 Milliarden Mark für das Defizit der Reichseisenbahnen, die gleichfalls auf dem Kreditwege beschafft werden sollen, gefordert.

Ausenthaltsbeschränkung für Deutsche im Rheinland.

Nach einer Verfügung des Kommandanten der Rheinarmee darf sich im französisch besetzten Gebiet wegen der Wohnungsnot mit den Lebensmittel Schwierigkeiten keine deutsche Person in einer Garnisonstadt, wo sie nicht ihren Hau-

digen Wohnsitz hat, ohne vorherige Erlaubnis des Platzkommandanten länger als 20 Tage aufzuhalten oder niederzulassen.

110 ausgehobene Falschgeldfabriken.

In einem Prozeß gegen eine Bande von Falschmünzern, der gegenwärtig vor dem Frankfurter Schwurgericht verhandelt wird, erklärte ein Mitglied des Reichsbahndirektoriums in Berlin, daß die Falschscheine mit Tauserrand bisher in 49 Fabriken hergestellt wurden. Die Anfertigung dieser Scheine müsse man als beendet betrachten. Unso stärker sei die Herstellung von anderen 50-Mark-Scheinen. Bisher habe man 110 Fabriken, die sich über ganz Deutschland verbreiten, ausgehoben, in denen derartige Falschscheine angefertigt wurden.

Neue Verbrechen in Oberschlesien.

Die Verbrechen in Oberschlesien mehren sich wieder. In Dirschowitz bei Birkenfeld überfielen 25 Personen, mit Rabinern, Revolvern und Handgranaten bewaffnet, in der Nacht das Haus des Gutsverwalters Kiebig und plünderten es vollständig aus. Sämtliche Kleider, Wäsche, Schuhe, Betteln, Nahrungsmitte und Schmuckstücke wurden fortgeführt. Die Familie ist von jeder Habe entblößt. Die Beute scheint über die Grenze geschafft worden zu sein.

Eine Auseinandersetzung Berlins.

Von zuständiger Seite im Berliner Magistrat wird der „B. Z.“ zufolge zu der Meldung über die großen finanziellen Schwierigkeiten der Stadt Berlin erläutert: „Der Nachricht, daß ein hervorragender Sachverständiger mit der Prüfung der Finanzen der Stadt beauftragt worden und zu einem ungünstigen Ergebnis gelangt sei, muß mit aller Entschiedenheit entgegengesetzt werden. Eine Prüfung der ziffernmäßigen Unterlagen der Finanzen durch einen auftretenden Sachverständigen hat überhaupt nicht stattgefunden. Wir behalten uns vor, eine nähere Darlegung über die Finanzlage Berlins noch zu veröffentlichen.“ — Die „B. Z.“ bemerkt dazu: „Es ist für die Verhältnisse charakteristisch, daß der gegenwärtige Magistrat, der nicht in den Verdacht kommen kann, es mit den sozialistischen Parteien verderben zu wollen, anlässlich der neuesten Forderungen der städtischen Arbeiter der Beschränkung Ausdruck gegeben hat, die Gemeinde könnte mit ihrer Bewilligung in Zahlungsschwierigkeiten geraten.“

Ein französischer Ingenieur über den Dieselmotor.

In der „Humanité“ schreibt der französische Ingenieur Ricet, der von einer Reise durch Deutschland zügig zurück ist: Die Fachleute wissen, daß die Zerstörung der Dieselmotoren unmöglich ist. Das Verlangen selbst beweist die Unkenntnis, und die Unerfahrenheit dieser, die es stellen. Bei der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage würde die Durchführung dieser Forderung den völligen materiellen Zusammenbruch Deutschlands beschleunigen, eine sonderbare Politik für den Gläubiger, der sein Geld haben will. Der Dieselmotor ist die sparsamste Antriebskraft der Welt. Er ist die Maschine, deren Konstruktion die schwierigste ist; er ist sicherlich eine der größten Errfindungen, von der Deutschland und die ganze Welt eine Umwandlung des Verkehrsweisens erwarten darf.

Ausland

Ein neuer Stich.

Paris, 27. Ott. Im „Echo de Paris“ schreibt Bertinax zu der vom Ministerium des Auswärtigen veröffentlichten Note, in der erklärt wird, die französische Regierung habe von dem von Lloyd George bezüglich der nächsten Völkerbundssitzung erfaßten Plan seine direkte Kenntnis und die Reise Lengues nach der Schweiz sei auf alle Fälle sehr unwahrscheinlich: Wir wollen hoffen, das Lloyd George nicht auf seiner Idee verharren wird. Sollte dies jedoch zutreffen, so würde die Entente Cordiale einen neuen Stich erhalten.

Der Streit ist beigelegt.

London 28. Ott. Die Verhandlungen zwischen dem Exekutivomitee der Bergarbeiter und der Regierung haben zu einem vollen Erfolg geführt. Der Streit ist beendet! Die Bergleute haben sich bereit erklärt, die Arbeit am 1. November wieder aufzunehmen. Die Regierung gewährt eine sofortige Lohn erhöhung von zwei Schilling. Das Exekutivomitee der Bergleute erklärte, die Verantwortung für die Steigerung der Kohlenförderung übernehmen zu wollen.

Um Weg und Ziel.

Rachedur verboten.

„Das da ist Irmgard Ollmanns Vater“, flüsterte Inge ihrem Verlobten zu.
„Um, Ja.“ Leberecht erhob sich unruhig und betrachte das Bild.
„Vater und Tochter haben viel Aehnlichkeit, findest du nicht auch?“ fragte Inge leise.
Er fand nicht mehr Zeit zur Antwort. Eine Tür wurde geöffnet, Irmgard und nach ihr die kleine Mama, die die Wirtschaftsfürse abgelegt hatte, traten ein.
Aber nur ganz langsam wandte sich Leberecht Wiedenamp von dem Bild des unglücklichen Selbstmörders den Ein treten zu, und während eine leise Rote seine Wangen färbte, schaute sein Blick etwas scheu und unsicher zu Irmgard Ollmann hin.

Ihre Augen begegneten den seinen.
Ja, wahrhaftig, sie war ihrem Vater wie aus dem Gesicht geschnitten. Das waren dieselben Augen mit demselben Sprühn und Aufblitzen. Leberecht Wiedenamp wußte im Moment nur nicht, war es Spott, Bitterkeit, Geringdachtung oder alles zusammen, was aus diesen blauen Kinderaugen über ihn hinwegflog.

„Sie waren unsere erste Gratulantin, liebes Fräulein Ollmann. Haben Sie herzlichen Dank für Blumen und Glückwünsche. Mein Verlobter hat seine Reise extra auf heute verschoben, weil es uns drängte, Ihnen unseres Dankes abzutun.“

Bei diesen mit großer Lebhaftigkeit und Wärme gesprochenen Worten nahm Inge beide Hände des blonden Mädchens und drückte sie herzlich.

„O . . . O . . .“ Irmgard blieb verlegen vor sich nieder.

„Nicht wahr, Leberecht, du bist extra hier geblieben?“ Inge sah ihren Verlobten lächelnd an.

„Ja, jawohl, gnädiges Fräulein.“ Leberecht Wiedenamp verneigte sich zustimmend. Er erhob aber den Blick nicht.

Man sah sich auf ein paar Augenblide. Leberecht unterhielt sich mit der kleinen Mama, indem Inge mit Irmgard viel zu begeistert hatte. Sie lagen überein, die anonyme Briefgedächtnis vollständig auf sich beruhen zu lassen, da man ja das Städtchen, den Privatsitzel und alles was daran hing verlassen würde. „Und in Berlin, nicht wahr, Fräulein Ollmann, da halten wir beide gute Freundschaft.“ Inge sah bittend in das blütenweiße, rosig lächimende Gesicht Irmards.

Reichskanzler und Reichsfinanzminister sprechen.

Die Staatsberatung im Reichstage.

Berlin, 27. Oktober.

Haus und Tribünen sind stark besetzt. Am Ministerialamt Simons, Giesberts, Gehrer, Fehrenbach, Wirth und Brauns. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des Abg. Müller (Foz.) betreffend die Entlassung der Bevölkerung, sowie die Interpellation Ennlinger und Genossen betreffend die Vernichtung der Dieselmotoren. Beide werden mit der Staatsberatung verbunden.

Reichskanzler Fehrenbach

gibt zunächst einen Rückblick auf die Tage von Spa und fährt dann fort:

Wir sind militärisch ohnmächtig, wirtschaftlich am Ende unserer Kraft. Verlöste gegen Vertreter fremder Staaten sind leider nicht ausgebildet; wir müssen sie schwer büßen. Daß wir im russisch-polnischen Krieg trotz vielfacher Belastungen, uns in denselben hineinzuziehen, neutral geblieben sind, werden heute große Massen uns danken. Der gute Geist unseres Volkes wird sich stark erweisen gegenüber den Rodungen von russischer Seite. Was die Forderung betrifft, gegen die polnischen Gewalttaten mit Gewalt vorzugehen, so liegen wir an einer Kette. Vodern wir die selbe im Osten, so wird sie uns im Westen umso schwerer drücken. So schwer uns auch das Problem der Abrüstung dünkt, wir werden uns fügen müssen. Darüber, daß es keinen deutschen Militarismus mehr gibt, kann sich nur täuschen, wer ein Interesse daran hat, sich täuschen zu lassen. Jedenfalls soll Deutschlands Abrüstung nach dem Friedensvertrag nur die Einleitung bilden zur allgemeinen Abrüstung. Wir hoffen, daß das nun auch wirklich der Fall sein wird.

Redner kommt dann auf die wirtschaftliche Lage zu sprechen und belagt dabei unseren Kohlemangel, während Frankreich im Überfluss schwelge. Die Unmöglichkeit des Vertrags zeigt sich immer mehr. (Beifall.) Zahlreiche Menschenksale erleben erschütternde Antlage gegen die schwarze Besatzung. Wann wird die Welt das hören? Noch immer kennen wir nicht die Grenzen des Deutschen Reiches. In Oberschlesien sind Kräfte am Werk, die unbefeuerte Entscheidung durch die Volksabstimmung auszuschalten. Wir rechnen auf die Treue der oberdeutschen Bevölkerung. Im Reichstag wird demnächst ein Gesetzentwurf eingereicht werden, welcher der oberdeutschen Bevölkerung das Recht einträumt, in unbeeinflußter Abstimmung über ihre landesstaatliche Selbstständigkeit zu entscheiden.

Wir stehen heute in einer Ernährungsnot. Die Zwangswirtschaft ist längst zusammengebrochen. Nur Charlatane oder bewußte Lügner können behaupten, nach ihrem Rezept das Volk aus allem Elend zu errettet. Unsere Warnung richtet sich an die Kommunistische Partei. Der Weg zu ihrem Ziel geht nur durch den Bürgerkrieg. Wer auf Moskau schwört, der muß sich klar sein, daß er damit die Verantwortung auf sich nimmt, den Umsturz durch blutige Gewalt und inneren Krieg herbeizuführen. Es stellt sich damit außerhalb der bestehenden Rechtsordnung, die wir nicht durch Ausnahmegesetz zu schützen brauchen, sondern nur durch

die bestehenden Gesetze. (Beifall.) Für russische Agitatoren, welche sich annehmen, für den Bürgerkrieg zu predigen, ist uns kein Platz. (Beifall bei der Mehrheit, Unruhe auf der äußersten Linken.)

Sparsamkeit und Arbeit muß unser Programm sein. Wir sind ein armes Volk. Wir können nicht leben wie früher, wir alle, und die Reichen in erster Linie. An die Armen braucht ich eine solche Aufforderung nicht zu richten. In Landwirtschaft und Industrie müssen alle Kräfte mobil gemacht werden. Unsere Finanzen müssen geordnet, unsere Rücksicht auf den Weltmarkt möglich gemacht werden. Die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus ist eingehend erörtert worden. Die Regierung wird diese Erörterungen mit aller Sorgfalt verwerfen. Die Vorlage wird Ihnen demnächst zugehen.

Die Ergänzungswahlen zum Reichstag sollen zusammen mit den preußischen Wahlen stattfinden. Die Abstimmung in Kärrnern begrüßen wir herzlich. Wir bedürfen der Zusammenarbeit aller Parteien. Wir brauchen positive Mitarbeit, treue und einsichtige Mitarbeit aller Parteien zum Wohle des Volkes und Reiches.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

Ich bedaure, daß unsere Wahlen aus dem Kriege noch immer nicht feststehen. Wir leben daher in völliger Unsicherheit. Die Hoffnungen der ganzen Welt auf Brüssel sind gescheitert. Die Beamenschaft darf den Bogen der Geldforderungen nicht überspannen. Die zu verzinsenden Reichsschulden belaufen sich auf 262,54 Milliarden Mark, wozu noch 25 Milliarden der Eisenbahnschuld hinzukommen. Außerdem dürfen noch 30 Milliarden Mark aus Fehlbeträgen bei einzelnen Ressorts hinzukommen. Die außerordentlichen Ausgaben aus dem Kriege kommen hoffentlich im nächsten Etat in Fortfall. Der Etat des Friedensvertrages darf uns noch viele Jahre hindurch beschäftigen; er beläuft sich diesmal auf 41 Milliarden Mark. Solche Belastungen kann kein Staat ertragen, und kein Staat kann die hierzu nötigen Steuern aufzutragen. Höher als der Jahresdienst unserer Reichsschulden sind allein die Ansprücher für die Ostbesetzung. Unsere Steuergesetzgebung kann auch heute noch nicht als abgeschlossen gelten. Ein Mehrbedarf von 4,5 Milliarden Mark für den ordentlichen Etat des nächsten Jahres ist schon heute anzunehmen. Die Durchführung der Steuern mit allen Mitteln und eine bis an die Grenze des Möglichen getriebene Sparsamkeit ist unumgänglich. Durch die Notenpreise schafft man dem Volke kein Brot aus dem Auslande. Durch eine Novelle zum Reichsnaturhofgesetz soll versucht werden, die außerordentlich hohen Gewinne, welche in den letzten Monaten auf einigen Gebieten des Erwerbslebens jutage getreten sind, einer schnelleren Flüssigmachung von Beträgen zur Tilgung unserer Schulden dienstbar zu machen. Im übrigen muß der Friedensvertrag durch Waren und Arbeit abgearbeitet werden. Die Frage der Arbeitsdienstpflicht steht für alle Völker Europas vor der Tür.

Hierauf wird die Weiterberatung auf morgen vertagt. Schlüß 4 Uhr.

Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien

verpunkt worden. Trotzdem wollte aber die Deutschnationale Partei keine Empfindlichkeit herauslecken, wenn das Bataillon in Kraatz käme. Ein Weg zur Erneuerung Deutschlands sei nur möglich, wenn Deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei loyal und verständig zusammenarbeiten. Helfferich unterzieht dann in längeren Ausführungen die bisherigen Leistungen der heutigen Regierung einer Kritik und schloß: Der „Friede von Versailles“ sei ein Verrat und ein Mord am deutschen Volke.

Die Ausführungen Helfferichs wurden mit minutenlangem stürmischen Beifall begrüßt. Darauf wurde die erste Strophe des Luthersliedes stehend gesungen.

Zweiter Tag.

Zur Erledigung steht zuerst ein Antrag von Justizrat Hahn (Berlin):

Der Parteitag mit allen Mitteln eines neuen Reichs für die Erneuerung mit über einen gemein-

Der Parteitag

Es folgt der Bo

von Dr. Ritter.

niedergebrochene Bo

Zukunft werden nur

in Deutschland verw

ist der Anfang aller

Gebildung aufzu

gründet. Es muß ei

soller Mensch dara

und unsere deutsc

Im Preußen-

Reichs-

Wiederholung

des Reichstagsab

neuen Lamba

vor der

und Sozialpo

Organen der Part

keit der Erfüllung

zerner wird a

stimmt.

Prof. Otto W

dem Beifall der P

deutschland abnahm

Einige Abände

Wortlängen des

Ein Antrag en

bauens der berufs

zugehörige Ber

Die Anträge

ordnung eröffn

Aus

* Die Lotte

Landeslotterie fin

heute die gezogen

seine Leser Kenntnis

werden wir in ein

* Sängerf

Gängerbund deut

Reformationssonn

der Pflege des ch

auch vielen zugän

im „Kristallpal

liche Sängerbund

Anzeigenente

* Gejungs

verein veranstaltet

„Helm“ ein öffentli

der Zithervirtuos

pelquartett Callin

das Programm

einen Kunstgenuh

eins, die Zither

dienst vollzie

wird ihm gewih

— Reine R

chung über die fer

jen wurden im Mi

gehördigen der bet

man der Ansicht,

sogenannten Kun

Sängergesellschaften

Künstlern den gewi

Ministerium des Inn

scheine von den B

auszutellen sind.

Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion zu ersuchen, mit allen Mitteln auf die funktionsleistung der Wahl eines neuen Reichspräsidenten hinzuwirken und durch ständige Fühlungnahme mit den benachbarten Parteien eine Einigung über einen gemeinsamen Kandidaten herbeizuführen.

Der Parteitag nimmt den Antrag einstimmig an.

Es folgt der Vortrag:

Vollstum und deutsche Zukunft
von Dr. Ritter. Wo sind die Quellen der Kraft, um das niedergebrochene Vaterland aufzubauen? Bauteile der deutschen Zukunft werden nur in den Gründen des Vollstums verankerte, in Deutschland verwurzelte, charakterstarke Männer sein. Deshalb ist der Anfang aller nationalen und zukunftsvoollen Politik solcher Selbstbestimmung auf deutsches Weise, auf unter Vollstum begründet. Es muss ein sich seines Vollstums bewusster, charaktervoller Mensch herangewachsen und damit unsere deutsche Zukunft und unsere deutsche Freiheit erreicht werden.

Im Preußenland liegt der Weg unserer Zukunft. Das Preußenland ist das politische Gewissen Deutschlands. (Beifall.) Helfer kann uns nur eine Erneuerung der Geistigkeit. Unsere Erziehung muss wieder religiös werden. Alle Gemeinschaft ist religiöser Natur. Deshalb verlangen wir konfessionelle Schule. Grundlage aller nationalen Erziehung und Bildung ist die Familie. Sie ist die Keimstelle aller höheren Gemeinschaften des Volkes. Waren wir uns unseres Vollstumes bewusst, dann wäre diese Katastrophe nicht über uns gekommen. (Sehr richtig!) Wo ist nun der große Führer? Dieser Führer kann nur kommen, wenn eine Gemeinschaft da ist, die ihn trägt. In dem heutigen Chaos könnte uns selbst kein Bismarck führen. Wir sind aber nicht ohne Hoffnung und werden nicht verzweilen. (Verdächtiger, anhaltender Beifall.)

Es folgt der Vortrag:

Unser Weg zur deutschen Gemeinschaft
des Reichstagsabgeordneten Dr. Lambah: Wir sind jetzt ein armes Volk geworden, arm an Erzeugungsmitteln. Wir stehen im Wirtschaftskampf mit der ganzen Welt und vor der Tatsache, dass wir in Wirklichkeit nur noch unsere eigene Arbeitskraft als höchste Gut haben. Der Staat muss das kostbare Vermögen der Arbeitskraft schützen und sie vor Raubau bewahren. Mit dieser Frage hängt eng zusammen diejenige der Siedlung und Siedlungsstaatinitiative. Wir fordern die Werkgemeinschaft. Einen grundlegenden Bild dazu bildet die Kapitalbetriebssinn der Arbeitnehmer. Unter Ziel ist nicht mechanischer Sozialismus, sondern organisches Zusammenarbeiten.

Nach lebhafter Ausprache über die gehörten Referate werden nachstehende Entschließungen angenommen:

Der Parteitag der Deutschen Nationalen Volkspartei billigt die vom Landtagsabgeordneten Ritter und vom Reichstagsabgeordneten Lambah vorschlagenen Richtlinien deutlich nationaler Kultur- und Sozialpolitik und erwartet von den Fraktionen und Organen der Parteien, dass sie durch ihre politische Tätigkeit der Erfüllung näherbringen.

Ferner wird auch noch allen übrigen Entschließungen zugestimmt.

Prof. Otto (München) lädt den Parteitag unter brausendem Beifall der Verhandlung ein, die nächste Tagung in Süddeutschland abzuhalten.

Einige Abänderungen der Parteiauflagen werden nach den Vorschlägen des Vorstandes angenommen.

Ein Antrag empfiehlt die planmäßige Förderung des Ausbaus der berufländlichen Organisationen der besonderen Fürsorge der Landesverbände. Der Reichsarbeitsausschuss beantragt u. a. höhere Berücksichtigung der Arbeiterschaft bei Ausstellung der Kandidatenlisten.

Die Anteile werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein-Collberg, 28. Oktober.

Die Lotterieplatten vom 17. Ziehungstage der 177. Landeslotterie sind nicht eingegangen, wir veröffentlichen heute die gezogenen Nummern des 18. Tages, wovon unsre Leser Kenntnis nehmen wollen. Die ausstehende Ziehung werden wir in einer der nächsten Nummern bringen.

Sängertag. Etwa 300 Sänger, die dem christlichen Sängerbund deutscher Jungs angelohnt sind, kommen am Reformationssonntag nach Lichtenstein, um einander in der Pfeife des christlichen Gesangs zu ermutigen und diesen auch vielen jugendlich zu machen. Zu dem Zweck findet im „Kristallpalast“ das Kreisjüngertag statt. Der christliche Sängerbund ist interkonfessionell. Näheres siehe im Anzeigenteil.

Gesangs- und Zitherkonzert. Der hiesige Zitherverein veranstaltet bekanntlich morgen abend im „Goldenen Helm“ ein öffentliches Gesangs- und Zitherkonzert, bei dem der Zithervirtuos Herr Hans Groll und das Männerquartett Collberg mitwirken werden; so ist es möglich, das Programm vielseitig zu gestalten und den Besuchern einen Kultgenuss zu bereiten. Die Bestrebungen des Vereins, die Zitherkunst in weitere Kreise zu verbreiten, verdienen volle Anerkennung und auch diese Veranstaltung wird ihm gewiss neue Freunde gewinnen.

Keine Kunstscheine in Sachsen mehr. Eine Befreiung über die fernere Erteilung von Kunstscheinen in Sachsen wurde im Ministerium des Innern in Dresden mit Angehörigen der beteiligten Kreise abgehalten. Einmütig war man der Ansicht, dass die bisher übliche Ausstellung von sogenannten Kunstscheinen für Schauspielunternehmungen, Sängergesellschaften und einzelnen auftretenden Kunstübenden und Künstlern den gewünschten Erfolg nicht gehabt hat. Das Ministerium des Innern wird demzufolge anordnen, dass Kunstscheine von den Verwaltungsbehörden in Zukunft nicht mehr auszustellen sind. Es wird darum künftig Sache der unteren Verwaltungsbehörden sein, darüber zu befinden, ob für Spiele, Vorträge, Schauspielungen usw. ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft anzuerkennen ist.

(3.) Die Kohlenversorgung Sachsen. Überregierungstat Dr. Crämer, der Leiter der sächsischen Landeskohlenstelle gab in einer in Dresden abgehaltenen Pressekonferenz Auskunft über den Stand der Kohlenversorgung in Sachsen, die ja bekanntlich sehr im Argen liegt. Eine Eingabe des Landeskohlenamtes an die Reichskohlenstelle zur besseren Versorgung der Industrie habe negativen Erfolg gehabt, ja in Berlin habe man behauptet, Sachsen würde besser beliefert als die übrigen Reichsstaaten. Demgegenüber stellt Überregierungstat Crämer aus Grund von wiederholter persönlicher Fühlungnahme mit sächsischen Industriekreisen fest, dass die sächsische Industrie unter den geradezu katastrophalen Kohlenverhältnissen außerordentlich zu leiden habe. Besonders die Glas-, Papier- und nicht zuletzt die Textilindustrie kämpfen schwer an der schlechten Kohlenversorgung. Viele Betriebe liegen still, andere arbeiten nur halbseitig. Gerade jetzt, wo die Industrie wieder aufnahmefähig zu werden beginnt und sehr viele Erwerbslose beschäftigen können, scheiterte alles an der Kohlenfrage. Mit der Wiedereinführung der 8-Stundenarbeitszeit im sächsischen Bergbau, wie vor dem Kapp-Gutsch, versprach sich Referent eine erhebliche Besserung der

trotzlosen Lage, — wenn die mehrgeförderten Kohlen auch tatsächlich in Sachsen blieben und nicht anderswohin weiter abwandern mühten. — Es werde nichts unversucht bleiben, um die widrigen Verhältnisse günstiger zu gestalten.

(3.) Keine allgemeine Herabsetzung der Polizeistunde in Sachsen. Wie an zuständiger Stelle verlautet, bedrohtigt die ländliche Regierung nicht, die Polizeistunde für ganz Sachsen herabzusetzen. Natürlich bleibt es den einzelnen Gemeinden im Lande unbenommen, von sich aus eine frühere Polizeistunde zu bestimmen, wenn die örtlichen Verhältnisse die Notwendigkeit dazu ergeben.

Zeitgemäße Vorträge, wie sie gesenkwertig von einer stetig wachsenden Zuhörermenge in der Stadtkirche von Lichtenstein allabendlich stattfinden, verdienen das Interesse der Öffentlichkeit in höchstem Grade. Vorträge, wie sie heute uns allen auf der Erde laufen, kommen hier zur Behandlung, und man röhrt es dem Herrn Redner, Seelrather *Beeld aus Chemnitz*, nach, dass er selbst und allgemeinverständlich über sie zu sprechen weiß. Zahlreiche Beispiele aus dem täglichen Leben geben seiner Darstellung einen besonderen Reiz. Herr Brück hält seine Vorträge (und Bibelstunden!) im Sinne und Auftrag des heiligen „Landeskirchlichen Gemeinschafts“, und es ist auch ein Zeichen unserer Zeit, wenn unsre Kirchgemeinde dazu Kirche und Kamel zur Verfügung stellt, ein Beweis, wie ernst es unserer Landeskirche mit ihrem Wunsche ist, wirklich Volkskirche zu sein und ein Ort aller edlen evangelischen Frömmigkeit. Möchte die Veranstaltung der zeitmässigen Vorträge auch den Erfolg zeitigen, doch viele sich wieder mit Freuden auf ihre kirchliche Zugehörigkeit besinnen und von ihren Rechten und Pflichten als Gemeindemitgliedet tollräsig Gebrauch machen.

Glauchau. (Tod infolge Gasvergiftung.) Am Montag früh wurde in der Waldenburgstraße ein junger Maschinenschlosser tot im Bett aufgefunden. Der junge Mann war in der Nacht vom Sonntag zum Montag in die elterliche Wohnung zurückgekehrt und hatte sich in sein zwei Tropen hoch gelegenes Schlafzimmer begeben. Er versuchte dort das Gas anzuzünden, das aber infolge zu geringen Drudes nicht brannte. Daraufhin hatte sich der junge Mann ins Bett gelegt, ohne den Gasbahn zu verschließen, den er beim Versuch verschentlich offen gelassen hatte, sodass der Bedauernswerte während der Nacht an Gasvergiftung verschied.

Mitschau Waldenburg. (Eine Mieterhöhung von 60 bis 75 Prozent) auf die 1914 erhobenen Mietsätze durchzuführen, beschloß der hiesige Haus- und Grundbesitzerverein in seiner letzten Generalversammlung.

Lichtenstein. (An den Folgen einer Zillenverhaftung) ist, wie unsrerermanden bekannt geben, die 44 Jahre alte Frau Auguste Barthold in Lichtenstein gestorben.

Mobsdorf bei Burgstädt. (Selbstmord) Hierfür Einwohner haben in der Kartoffelangelernte zur Selbsthilfe gezwungen, und zwar in der Weise, dass sie bei den einzelnen Hutsbesitzern Durchsuchungen nach Kartoffeln vorgenommen und die dabei entdeckten Überflüsse nach dem Schulgebäude brachten, von wo aus sie an Gemeindemitglieder zum Verkauf gelangen sollen.

Schwartenberg. (Schädelkund) Bei Tiefbohrarbeiten im Stadtteil Neustadt wurden etwa 1 einhalb Meter unter der Oberfläche Überreste eines Leidzimmers (Schädel und Knochen), die anhendeten von der Würdelage kamen gefunden. An der Fundstelle ist vor etwa 20 Jahren Bauhut angefahren worden. Auf welche Weise die Überreste an die Fundstelle gekommen sind und ob ein Verbrechen vorliegt, ist noch ungeklärt. Die Fundstelle wurde polizeilich abgesperrt.

Siedlung bei Borna. (Schadstoff) Montag morgen brach im Gute des Gemeindevorstandes Thalmann Feuer aus. Das Seitengebäude ist mit anlehnlichen Vorräten völlig niedergebrannt. Scheune und Rohrgründstücke, die Gefahr liefern, mit in Brand zu geraten, konnten erhalten werden. Über die Ursache des Feuers ist bis jetzt noch nichts bekannt.

Zwickau. (Die Ueberdrückerfrage) die im Lugau-Oelsnitzer Revier durch Entgegenkommen der Bergarbeiter geldt zu sein scheint, dat hier noch keine Klärung erzielen. Da die Vertreter der übrigen Arbeiterschaft Sachsen mit immer dringenderen Bitten an die Regierung herantreten, haben sich Landeskommisar Krämer und der Regierungsvertreter Redakteur Albert erbosten, in drei Bergarbeiterveranstaltungen an die Bergarbeiter des Zwickauer Reviers zu sprechen. Am Freitag und Sonnabend werden die Regierungsvertreter auch in Lugau-Oelsnitz zu den Bergleuten reden.

Berichtsstelle.

zel und Laue wurden kostenlos freigesprochen; Frau Rademann wurde sofort in Haft genommen. Es wird gegen sie das Strafverfahren wegen wissentlich falscher Anschuldigung eingeleitet werden.

(3.) Dresden. (Der zweite Hölgroß vor dem Dresdenner Schwurgericht.) Am Mittwoch begann der zweite Hölgroß vor dem Dresdenner Schwurgericht. Im ganzen sind dreizehn Personen angeklagt, von denen aber nur sieben, nämlich Vogel, Pätz, Barthel, Köhler, Hertwig, Fuchs und Popp erschienen sind. Die Anklage lautet auf Aufruhr, Landfriedensbruch und Freiheitsberaubung. Bekanntlich haben im Frühjahr 1919 Demonstranten den Bürgermeister Lued aus Altenstein aus dem Rathaus geholt und ihn gezwungen, durch die Stadt zu marschieren. Außerdem wurde das Altensteiner Amtsgericht besetzt, die Aulen verbrannt und die Gefangenen freigelassen. Schließlich hat man auch den Oberstaatsanwalt Dr. Hubert in seiner Wohnung verhaftet und gefangen gezeigt, um ihn zur Herausgabe der Gerichtsalten zu zwingen. — Die anderen Angeklagten sind wegen Krankheit ausgeschieden oder flüchtig geworden. — Zuerst wurde der Siedler Vogel verommen, der aber erklärte, dass er von nichts wußte. — Die Verhandlungen dauern fort.

Braunschweig. (Verurteilte Falschmünzer.) Das Schwurgericht verurteilte die Kommunistenführer Arbeitersekretär Robert Gehrtz und Karl Schröder aus Dorf Lautenthal und Berlin wegen vollenldeten Münzverbrechens zu 4 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Gefängnis, außerdem zu je 5 Jahren Chorverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Sie hatten in Braunschweig vier Monate lang 50-M.-Reichsbanknoten der Ausgabe vom 30. November 1918 angefertigt und in Mittel- und Norddeutschland in Umlauf gebracht.

Berichtsstelle.

† Der Streit im Säuglingsheim. Der Streit hat auch vor den stillen Pforten des in der Mollwitzstraße zu Charlottenburg gelegenen Auguste-Victoria-Hauses nicht Halt gemacht. In den letzten Tagen der vorigen Woche trat das Hauspersonal (Dienstmädchen, Heizer, Kochfrauen usw.) in den Ausstand. Dieser Streitfall, auch des technischen Personals, traf die Anstalt umso härter, als sie für ihren umfangreichen Betrieb auf ihre eigene Kesselanlage völlig für alle notwendigen Tätigkeiten angewiesen ist. In dieser Anstalt befanden sich zur Zeit 150 Säuglinge und 40 in der Niederkrone befindliche Mütter, Menschenleben also, die auf Heizung, warmes Wasser und warme Speise, frische Wäsche usw. lebensnotwendig angewiesen waren. Am unmittelbarsten war hierdurch aber die Abteilung für Frühgeborenen gefährdet, da diese jungen Lebewesen überhaupt nur durch künstliche Wärme am Leben erhalten werden können. Es befanden sich zurzeit 10 Frühgeborenen in der dortigen Abteilung. Nach Ausbruch des Streits berichtete der leitende Arzt dieser Abteilung, dass bei Eintreten der Räte die Kleinsten der Kleinen noch eine Stunde zum Leben hätten und er dann ihren Tod befürchten müsse. Der sofort verständigten Technischen Nothilfe, Landesbezirk Berlin, gelang es, mit 10 Nothelfern noch so rechtzeitig die Kesselanlagen und maschinellen Einrichtungen zu übernehmen, dass die für die Jässen des Krankenhauses drohende Gefährdung abgewendet wurde.

† Folgeschwere Zugzusammenstoß am Bahnhof Zehlendorf. Durch W.T.B. wird gemeldet: Gestern morgen hatte ein in der Richtung Wildpark fahrender Personenzug einen Bremschaden und musste infolgedessen am Fernbahnhof Zehlendorf anhalten, um den Schaden auszubessern. Ein zu der gleichen Zeit herannahender Arbeiterzug bemerkte im Nebenbahnhof den haltenden Zug nicht und fuhr auf ihn auf. Der Güterwagen ist vollständig zertrümmert worden. Drei Tote und drei Verletzte sind bei dem Eisenbahnunglück zu beklagen.

Aurje,

mitgetheilt vom Bankhaus

	26. 10	27. 10.
Deutsche 5% Kriegsanleihe	78,50 %	78,50 %
• 4%, Schwanenfond	90,75	90,80
• 5% Reichsanleihe	84,00	86,25
• 8%,	57,40	58,25
• 6%,	65,90	67,80
Sächsische 5% Renten	56,625	56,875
Chemnitzer 4% Städteanleihe	77,25	77,25
Dresdner 4%	86,125	85,-
Leipziger 4%	89,-	89,50
Deutsche Hypoth.-Bank 4%, Pfandsch.	90,-	96,-
Konditorisch. 3 1/2%, Mandat.	96,50	96,825
4%	109,75	109,75
Görl. Bob.-Erb.-Aukt. 4%, Pfandsch.	90,75	99,75
Hartmann Match-Fabrik Akt.	388,-	371,50
Kaesch.-Fabr. Kappel	—	597,-
Hermann Bahn Akt.	318,-	315,-
Großherz. Werk Akt.	445,-	433,-
Schubert & Salzer Akt.	599,75	590,50
Wanderer Werke Akt.	455,-	456,-
Ammermann Werkzeugmasch. Akt.	232,-	233,75
Dest. bei Bank Akt.	326,-	323,-
Dresdner Bank Akt.	210,-	208,-
Homburg. Bank Akt.	260,-	269,-
Allgem. Elekt.-Gesellsc.	187,-	187,-
Döbelner Aukt.	—	980,-

Deutsche Notierungen:

Geld	Brief
83,90 %	84,40 %
2187,80	2192,20
242,75	250,25
264,70	265,30
1123,85	1129,15
72,55	72,69
452,00	453,50
1388,60	1391,40
482,50	483,50
83,40	83,60

Kunst und Wissenschaft.

Der Hungerstod der Iren.

Hag. Die letzte veröffentlichte Rundschau des Bürgermeisters von Cork vor etwa 10 Tagen war an den Gemeinderat von Cork gerichtet und drückte seine Bewunderung für den Hungerstod eines anderen Iren aus, der unglücklich gleichzeitig mit ihm den Hungerstod begonnen hatte. Dieser hat über 61 Tage dem Tode widerstanden. Der Hungerstod Max Swinns hat am 11. August angefangen, also 75–76 Tage dauert. Dieses Aushalten von 75 Tagen ist ein durchaus meistliches Rätsel. Nach den Mitteilungen der Medizinischen Stelle ist die längste bekannte Zeit für volle Nahrungsmitteleinsparung ebenfalls mit Todesausgang 68 Tage. Es handelt sich dabei um einen Geistesgehirten. Durchschnittlich teilt man 12 bis 25 Tage.

Lie

Volkswirtschaftlicher Teil.

Deutschland und der englische Kohlestreit.

Seit Beginn der Woche steht die gesamte britische Bergarbeiterchaft im Streit. Es handelt sich diesmal um einen Rahmenkampf, in welchem die Regierung vergebens zu vermitteln versucht hat. Etwa 1100000 Bergleute feiern und weitere Hunderttausend von Arbeitern anderer Wirtschaftszweige haben dadurch die Arbeitsmöglichkeit verloren.

Ein großer Streit ist heute weniger als je Privatstreit des betreffenden Landes. Die britischen Kohlenminen verfügen ja nicht die Wirtschaft Großbritanniens, sondern auch fast ganz Westeuropas. Um wenigstens für einige Zeit den inneren Bedarf des Landes sicherzustellen, hat die britische Regierung ein Rohstoffausfuhrverbot erlassen. Seit einigen Tagen ruht also die Beleverung Frankreichs, Spaniens, Italiens und der Schweiz mit britischen Kohlen. Die Folge hiervom ist, daß die anderen tohnenreagierenden Länder Europas ebenfalls in Anspruch genommen werden. Nun könnte ein in seiner Selbstbestimmung unbehindertes Land jede erhöhte Importprudenz seiner Bodenschäfte durch andere ablehnen. Deutschland hat diese Möglichkeit nicht. Die deutsche Wirtschaft ist auf eine Ermäßigung der in Spanien liegenden Rohstofflieferung angewiesen, um schweren Erhöhungen zu entgehen. Nun hat zwar Frankreich erhebliche Rohstoffreserven angehäuft, wird aber wohl kaum bereit sein,

diese Reserven auszugeben, um die deutsche Rohstoffversorgung zu verbessern. Wenn nun noch England als Reiterant für längere Zeit ausfällt, werden die Franzosen und die anderen Rohstofflieferanten wohl kaum auf einen Teil der ihnen zugehörenden Kohlen verzichten.

Bekanntlich hat u. a. auch Italien einen Anspruch auf die Kohlenförderung in Oberschlesien. Wenn nun die Rohstoffzufuhr aus England gestoppt wird, besteht bestreit kein, keinen Anteil an oberösterreichischer Kohle zu erhöhen. Heute die Bodenländer Überfälle eben verfügt die interalliierte Abstimmungskommission. Sie hat die Reihenfolge festgelegt, in der die verschiedenen Interessenten oberösterreichischer Kohle (Polen, Österreich, Italien, Tschechoslowakei usw.) zu beliefern sind. Das von Deutschland auf der Spaer Konferenz gestellte Erfuchen, dem Reich eine gewisse Menge oberösterreichischer Kohle fest zugesprochen, ist bisher nicht berücksichtigt worden. Es ist zu befürchten, daß die Abstimmungskommission im Hinblick auf den Ausfall Großbritanniens die Verteilung der oberösterreichischen Kohle zwischen Italien und vielleicht auch Polen, aber zu ungünsten Deutschlands revidieren wird.

Die aus dem Rohrbergarbeiterstreit hervorgegangene Wirtschaftskrise in England bedroht also in erster Linie den Untergang im Weltmarkt, das deutsche Reich. Die wirtschaftlichen Sorgen der ganzen Welt treffen Deutschland mit und dabei viel schwerer, als die anderen nicht unmittelbar beteiligten Länder. Wir sind nämlich mit unerreichbaren Ketten an den Wagen der Weltwirtschaft geschmiedet. Jeder Stoß und jede Schwanlung

schmeidet uns tief ins Fleisch. Ob in Argentinien die Weizenernte mißt, in Australien eine Seuche unter den Schafherden bricht, immer trügt Deutschland den Hauptschaden. Dies wird sich erst dann ändern, wenn wir uns von den Freiheiten der Weltwirtschaft plauschlich und unverdrossen zu befreien beginnen. Das Ziel unserer Wirtschaftspolitik muß sein, in der Verlagerung mit Lebensmitteln und mit Kohlen auf eigenen Füßen zu leben. Dann wird der Anschluß an die Weltwirtschaft nicht mehr eine verderbliche Verlettung, sondern ein legendringender Verfehl sein.

Richternachrichten für Lichtenstein-Callauberg.

(St. Laurentiuskirche)

Donnerstag abend 8 Uhr Vortrag: Ein verzweifelter Kampf.

Freitag abend 8 Uhr Vortrag: Trost in schwerer Zeit.

Richternachrichten für Hohndorf.

Donnerstag abend 8 Uhr Jungmänner-Verein.

Freitag abend 8 Uhr ländeskirchl. Gemeinschaft. Im Pfarrhaus Börkerlinne zum Kinderottesfest.

Richternachrichten für Rödlig.

Heute Donnerstag, den 25. Oktober, Jungfrauenverein.

Erlich
Bau
bei W
Märkt

Dieses Bi

Druck u. Verle

Rt. 2

Die Bezahl
von Vollmilch
nur im Leben
Magermilch
werden.

Verkauf
Johann, 30.
Den 20. Okt.
Unterführung
Gleichzeit
angläge zum V
zum Preise vo
d. Mr. Kinde
Nr. 10.— zum
Lichtenstei

Wegen vo
Sous
die Gemeinde,
nahme und am
Mitt
die Registratu
sowie das P
Publikumwerke
Dringen
tag, den 1. No
erledigt.
Hohndo

Am Sonn
den Fleischern
fleisch (D
wurkonservu
forschungsbere
Kinder unter 6

Bezirkssverb

Auf Grun
Zucker vom 31
der Ausführun
(Rögl. S. 17)
wesentlich erhö
sung der R
forderlich.

Vom 1. N
die folgenden S
für gemahlen
und ge
für Puderz
Brode

für Würfelz
Die Kandi

Kleinwerke
braucher in der

Borschtch
Gesetzes, betref
der dazu erga
treten am 1. N
ordnung vom 3.

Dresden, a

Herzl. Einladung

zu dem am
Reformationsfest, Sonntag, den 31. Oktbr.
nachm. 3 Uhr
im Krystall-Palast zu Lichtenstein-C
stadtfindenden

gr. Sängerfest

veranstaltet vom christlichen Sängerbund
deutscher Zunge (Kreis Chemnitz).

Programme & 1.— Mk. inkl. Kartensteuer
sind im Vorverkauf zu haben in Lichtenstein
bei J. Wehrmann, Buchhandlung und Schuh
geschäft M. Schaarschmidt; in Callenberg bei
E. Berthold, Buchhandlung.

: Programm berechtigt zum Eintritt. :

Achtung! — Bergarbeiter!

Freitag, den 29. Okt. 1920 vorm. 11.10 Uhr

— öffentliche — Bergarbeiter-Gesammlung im Krystall-Palast.

Ein Regierungsvertreter wird über das Spa-Abkommen und die wirtschaftliche Lage referieren.

Hierauf freie Aussprache.

Zahlreiches Erscheinen der Bergarbeiter ist dringend
notwendig.

S. A.: H. Hinkel.

Achtung!

Achtung!

Hohndorf—Södlich u. Umgegend

Damen-, Herren-
u. Kinderstrümpfe,
sowie

Füßlinge, Pant
offel, Turnstrümpfe
usw.

kaufen am besten
und billigsten bei

Nich. Abendroth

Hohndorf
Reft. "Schweizer
hans"

Rödlitzer Str. Nr. 2.

Georg Blume

Chemnitz

Weberstraße 12

kaufen

reine Hände und Zelle
jeder Art

speziell für Schuhmacher,
Größ. Schleifer-Ausschnitt.
Zelle jeder Art
für jeden Zweck.

— Bekannt preiswert.—

Gänzlich liegende
Kunstgewebe

Preis reell zum Tagespreis.

Angebote kein erbitten.

Gegründet 1887.

Linoleum

Erstklassige Fabrikate. Große Auswahl.
Inhalt, Granit und einfarbig.

Linoleum-Pappe

Schienen — Bohnermasse.

Friedr. Meyer

Zwickau. Bad Elster.

Wildhasenbraten

empfiehlt
„Parkschlösschen“.

Glück. Dienstmädchen
bei guter Kost u. hoh. Lohn
für sofort gefüllt.

Richters Auditorium,
Zwickauerstr. 9.

Hans und Garten in
Lichtenstein für
26 000 Mth. jof. zu verk. Br.
Kunzmann, Lichtenstein.

④ Gold- u. Silberwaren ④
kaufe z. höchst. Tagespreis
④ Dentist E. Graupner, I.

Oelsnitz i. E., Rathauspl. 1.

5. Klasse 177. Sächs. Landes-Lotterie.

Alle Nummern, kleine werden ihm Geschenk hat, Bob mit 300 Wert prägen
werden, einer Wohlheit der Stargräber. — Rossmund erinnern.

18.ziehung vom 26. Oktober 1920.

10000 Mth. 110753 Gramm Strümpfe, Blau 1. Preis

3000 Mth. 10686 Blau 1. Preis

5000 Mth. 322251 Gelb 1. Preis

5000 Mth. 407864 Gelb 1. Preis

5000 Mth. 229000 Gelb 1. Preis

5000 Mth. 651257 Gelb 1. Preis

5000 Mth. 201121 Gelb 1. Preis

5000 Mth. 111111 Gelb 1. Preis

5000 Mth. 211111 Gelb 1. Preis

</